



Nach dem Oktoberfest

Ex-Bundespräsident Wulff steht ab heute wegen Vorteilsnahme vor Gericht. Seite 5

Foto: dpa/Peter Steffen

Hostels für Flüchtlinge

Da Plätze in Berlins Heimen rar sind, soll die Hotelbranche einspringen. Seite 11

Hubert, das Rind – Daniel, das Faultier



Krokodil Fidel soll nicht mehr so heißen. Welche Tiere auch fragwürdige Namen tragen: Seite 20

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Donnerstag, 14. November 2013

68. Jahrgang/Nr. 265 Berlinausgabe 1,60 € www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Ein guter Tipp

Silvia Ottow über die Methoden der DebeKa bei der Kundensuche

Wieso regt sich alle Welt auf, wenn nette Beamte netten Versicherungsvertretern von anderen netten Leuten erzählen, die eine Versicherung gebrauchen könnten? Weil Zehntausende verquatschte Beamte ganz schön viel sind? Weil die DebeKa mit zwei Millionen Mitgliedern der größte private Krankenversicherer des Landes ist, der seine Kunden über geschmierte Zuträger anstatt über seine Leistungen gewonnen haben soll? Weil unter den Personalverantwortlichen in Schulen, Polizeidienststellen und Finanzbehörden Menschen sitzen, die für einen Tipp zur Vermittlung einer Lebensversicherung 600 Euro kassieren und sich gar keine Rübe über Datenschutz machen?

Von der Privaten Krankenversicherung (PKV) ist man gewöhnt, dass sie einem ein X für ein U vormacht. Jeder, der sich mit Zusatzversicherungen beschäftigt, weiß, dass im Kleingedruckten nicht selten das Gegenteil von der Überschrift der Police steht. Inzwischen sind viele Versicherte unzufrieden, wollen gar in gesetzliche Kassen wechseln. Die liberalen Lobbyisten aus dem Gesundheitsministerium, die der PKV per Gesetz das eine oder andere Geschenk schickten, verkümmelten sich. Und über allem hängt wie ein Damoklesschwert die böse Bürgerversicherung. Als Plan der bisherigen Opposition würde sie private Vollkrankensicherungen überflüssig machen, und sie ist immer noch nicht ganz vom Tisch. Die Privaten stehen also ziemlich unter Druck und werden bei der Wahl der Mittel im Werben um Kunden nicht zimperlich sein. Ein guter Tipp: trotzdem immer schön sauber bleiben!

UNTEN LINKS

Während die Kunst an Bedeutung verliert, gewinnt sie an Wert. Für umgerechnet 106 Millionen Euro hat das Auktionshaus Christie's gerade Francis Bacon's »Three Studies of Lucian Freud« versteigert – natürlich nicht an ein Museum. 106 Millionen Euro; was man davon alles kaufen könnte: zweieinhalb Franck Ribéry's! 400 000 Jahre lang täglich eine »Bild«-Zeitung! Ein Zehntel der Gurlitt-Sammlung! So ein paar Chagalls unterm Kopfkissen sind doch eine schöne Kapitalanlage! Und weil man über Geld nicht spricht, muss man auch keinem verraten, was man da bunkert. Kunst ist nichts als ein bekratzter Scheck – wozu daran denken, was sie angeblich erzählen kann? »Wissen ist Macht«, befand der elisabethanische Philosoph und Staatsmann Francis Bacon, Namensvetter des irischen Malers, dessen Triptychon jetzt zum Rekordpreis versteigert wurde. Das Diktum ist längst widerlegt: Nichts wissen macht nichts. Haben ist Macht! mha

Love Me Tender

SPD-Chef Gabriel will seine Partei in Leipzig von der Großen Koalition überzeugen



Schon länger auf dem Führerstand: Gabriel im Sommer 2002

Foto: dpa/Matthias Bein

Berlin. Union und SPD haben sich am Mittwoch gegenseitig vorgeworfen, für schlechte Stimmung in den Koalitionsverhandlungen zu sorgen. SPD-Fraktionsvize Elke Ferner sprach von einem »Tiefpunkt«. Aus der CSU war der Aufruf zu vernehmen, die SPD müsse »auf den Pfad der Konstruktivität« zurückkehren, wenn sie eine Große Koalition wolle. Zuvor hatten die Sozialdemokraten die Gespräche in zwei Arbeitsgruppen platzen lassen – was zur Dramaturgie vor dem Parteitag der SPD in Leipzig gerechnet wurde. Dort muss die Parteispitze den Delegierten das in den Koalitionsgesprächen bisher Erreichte schmackhaft machen. Er hat aber, verglichen mit den Wahlzielen, allenfalls politische Magerkost anzubieten.

Einen Eindruck davon, wie die SPD-Basis die Regierungsanbahnung mit der Union beurteilt, wird das für Freitag erwartete Ergebnis der Wiederwahl von Sigmar Gabriel als Vorsitzender verschaffen. In einer am Mittwoch veröffentlichten Umfrage sagten 42 Prozent der Parteianhänger, der Niedersache könne die Sozialdemokratie aus der Krise führen – 52 Prozent glaubten dies nicht.

Vor dem Parteitag heißt es bei der SPD, sie wolle »Weichen für die Zukunft« stellen. Aufmerksam wird freilich auch beobachtet werden, wie sich die Sozialdemokraten ihrer jüngeren Vergangenheit stellen. Vor vier Jahren, am 13. November 2009, hatte Gabriel in Dresden eine viel beachtete Rede gehalten, der SPD Selbstkritik empfohlen und Umrisse einer Neudefinition des Begriffs der »Mitte« vorgeschlagen, welche die SPD unter Gerhard Schröder als »neue« zu besetzen suchte. Die Mitte, so Gabriel unter Berufung auf Willy Brandt, habe »der gewonnen, der in den Augen der Mehrheit der Menschen die richtigen Fragen und die richtigen Antworten bereithält«.

Hat die SPD dies vermocht, hat Gabriel sie dorthin geführt? Wenn in der Presse nun der SPD-Vorsitzende nicht länger als erratischer Hitzkopf gescholten, sondern als großer Parteiführer gerühmt wird, sagt das vor allem etwas über die Biegsamkeit der Medien aus. Über die Realisierung der SPD-Ziele, die Gabriel vor vier Jahren vorgab, haben die Bundestagswahl und die bisherigen Koalitionsverhandlungen eine treffendere Auskunft erteilt. Diese Realität – Linksparteichefin Katja Kipping sprach von einer »erschöpften Partei – bringen die Sozialdemokraten nicht mit etwas Theaterdonner in den Koalitionsrunden zum Verschwinden. Am Mittwochnachmittag sprachen beide Seiten dann übrigens wieder von einer »sehr guten Debattenkultur«. nd

Seiten 2 und 3

Grüne reagieren zurückhaltend auf Bündnisdebatte

Cem Özdemir: Öffnung der SPD richtig und notwendig

Berlin. Die bevorstehende Öffnung der SPD gegenüber der Linkspartei findet Beifall in beiden Parteien. Die Vorsitzenden der Landesverbände in Berlin, Jan Stöß (SPD) und Klaus Lederer (LINKE), begrüßten die Öffnung. »Ich halte dies für einen richtigen und auch fälligen Schritt vorwärts«, sagte Stöß am Mittwoch der Nachrichtenagentur dpa. SPD-Chef Sigmar Gabriel wisse, »dass er für ein Ende der Ausschießeritis bei uns sehr breite Unterstützung hat«. Lederer sagte: »Es ist gut, wenn die SPD endlich beginnt, die Realität zur Kenntnis zu nehmen, und ihr Verhältnis uns gegenüber an den normalen Umgang unter demokratische Parteien angleicht.«

Linksparteichefin Katja Kipping hatte zuvor allerdings eingeschränkt, für ein Reformbündnis mit SPD und Grünen sowie eine »sozialökologische Wende« würden Impulse künftig vor allem von der Linkspartei und den Grünen kommen müssen. Die Grünen reagierten ihrerseits zurückhaltend auf die Debatte. »Es ist richtig und notwendig, dass die SPD sich künftig Gesprächen mit der Linkspartei nicht mehr verschließen möchte«, sagte Parteichef Cem Özdemir am Mittwoch gegenüber »neues deutschland« – auch wenn der »Zeitpunkt dieses Kurschwungs mitten in den Koalitionsverhandlungen« bemerkenswert sei. Ob aus Dialog dann Kooperation werde, das stehe auf einem anderen Blatt. »Gerade bei manch großen Ankündigungen von Seiten der Linkspartei wäre ich sehr gespannt, ob daraus tatsächlich eine echte Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung erwächst«, so Özdemir.

Sachsens Grüne zeigen sich mit Blick auf die Landtagswahl 2014 offen für ein Bündnis mit Linken und Sozialdemokraten. Bereits jetzt gebe es eine gute und pragmatische Zusammenarbeit, sagte Parteichef Volkmar Zschocke am Mittwoch in Dresden. Allerdings werde sich die Partei weiter von inhaltlichen Übereinstimmungen leiten lassen, betonte Claudia Maicher, die mit Zschocke eine Doppelspitze bildet. Agenturen/nd/uka

KURZ

Billigarbeiter in Mekka inhaftiert

Riad. Saudi-Arabien geht massiv gegen Billigarbeiter aus dem Ausland vor. Nach Angaben der Zeitung »Al-Sharq Al-Awsat« wurden allein in Mekka mehr als 20 000 Migranten inhaftiert, deren Arbeitserlaubnis nicht mehr gültig war. Die Arbeitskräfte stammen häufig aus Äthiopien, Ägypten und Jemen. dpa/nd

Heftige Unwetter in Somalia

Mogadischu. Nach einem Sturm und tagelangem Starkregen im Nordosten Somalias befürchten die Behörden mindestens 300 Todesopfer. Hunderte weitere Menschen würden vermisst, teilte die Regierung der teilautonomen Region Puntland mit. AFP/nd

Angriffe auf schiitische Pilger

Bagdad. Am Vortag des schiitischen Aschura-Festes wurden in Irak bei Anschlägen mindestens 23 Menschen getötet. Allein bei koordinierten Angriffen auf eine schiitische Prozession auf dem Weg in die Pilgerstadt Kerbela wurden am Mittwoch acht Menschen getötet, wie Sicherheitskräfte mitteilten. AFP/nd

Zwei Hinrichtungen in den USA

Washington. In den US-Bundesstaaten Florida und Texas sind am Dienstag zwei Mörder hingerichtet worden. In Florida wurde ein 40-Jähriger exekutiert, weil er eine Frau ermordet hatte. In Texas wurde ein 49-Jähriger hingerichtet, der ein Paar in Houston gekidnappt, den Mann getötet und dessen Freundin vergewaltigt hatte. AFP/nd

Tausende Beamte als Versicherungszuträger

Vorwürfe des illegalen Datenhandels bei der DebeKa weiten sich aus

Wieder ein Datenskandal: Der größte private Krankenversicherer soll sich in der öffentlichen Verwaltung bedienen.

Von Kurt Stenger

Das Versicherungsunternehmen DebeKa soll mehr als 10 000 Beamte für die Vermittlung von Policen und Daten potenzieller Neukunden bezahlt haben. Die öffentlich Bediensteten sollen intern als »Vertrauensmitarbeiter« bezeichnet werden und über die Jahre zusammen mehr als 100 Millionen Euro kassiert haben, wie das »Handelsblatt« am Mittwoch unter Berufung auf Insider meldete.

Anfang November war bekannt geworden, dass die Staatsanwaltschaft Koblenz ein Ermittlungsverfahren eingeleitet hatte. Es richtet sich gegen unbekannte Mitarbeiter des Versicherers wegen Verdachts auf Bestechung und Anstiftung zur Verletzung des Dienstgeheimnisses. Gegen Mit-

arbeiter der öffentlichen Verwaltung wird wegen des Verdachts der Bestechlichkeit und Verletzung des Dienstgeheimnisses ermittelt. Außerdem prüft die Bundesfinanzaufsicht BaFin, ob das Versicherungsaufsichtsgesetz verletzt wurde.

Das Unternehmen sieht sich zu Unrecht am Pranger. Die DebeKa sei »ein Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit, der von Beamten für Beamte gegründet wurde, und damit vergleichbar mit einer Genossenschaft«, heißt es in einer Erklärung vom Mittwoch. Da die DebeKa eine Selbsthilfeeinrichtung des öffentlichen Dienstes bei Krankenversicherungen sei, dürften Beamte im Einklang mit dem Bundesbeamtengesetz »als sogenannte Tippgeber fungieren«. DebeKa-Chef Uwe Laue räumte jedoch ein, dass es in der Vergangenheit an Sensibilität im Umgang mit Daten gefehlt habe, und gab Untersuchungen bei der Wirtschaftsprüfungsfirma KPMG in Auftrag. Die

Zahl der registrierten »Tippgeber« gibt die DebeKa mit 38 000 an.

Laut »Handelsblatt« geht es bei der DebeKa um weit mehr als bloße Kundenwerbung, wie sie in

Mit über 2,2 Millionen Versicherten ist die DebeKa die größte private Krankenversicherung in Deutschland.

vielen Bereichen üblich ist. Demnach würden dem Versicherer gegen Geldzahlungen Anschrift und weitere Daten von neuen Beschäftigten im öffentlichen Dienst genannt. Die Vermittlung einer Krankenversicherung werde mit 150 Euro honoriert. Bei einer Lebensversicherung könnten für »Vertrauensmitarbeiter« sogar 600 Euro anfallen. Die erfolg-

Einzelpreis Tschechien 67/77 CZK
ISSN 0323-4940

